

www.onesolutionrevolution.de



Eine Zeitung für einen heißen Herbst!

Wenn alles klappt, wird diese Zeitung auf der Großdemo gegen die Bundesagentur für Arbeit in Nürnberg am 6. November erscheinen.

Diesem Vorhaben steht natürlich vieles im Weg: Kopierläden, die zu früh zumachen; die permanente Geldknappheit, unter der wir wie die meisten Jugendlichen zu leiden haben; oder bayerische Kontrolletis, die unseren Bus vor Nürnberg sicherlich aufhalten werden.

Aber gehen wir mal davon aus, dass alles klappt. Diese Zeitung erscheint zu einem sehr wichtigen Zeitpunkt im Klassenkampf: am 1. Januar werden die Hartz-IV-Gesetze in Kraft treten und damit werden Hunderttausende Arbeitslose weiter ins Elend gedrängt werden. Man kann davon ausgehen, dass die Anti-Hartz-Proteste, die seit der bundesweiten Demo am 2. Oktober eher lahm waren, dann wieder zunehmen werden.

Deshalb beteiligt euch an den nächsten Protesten gegen Hartz und Agenda 2010! Am 6. November ist natürlich die Demo in Nürnberg. Am 17.11. gibt es bundesweit betriebliche Protestaktionen gegen Sozialabbau, die es zu unterstützen gilt. Am 3. Januar wird es die „Agenturschlussaktionen", d.h. Proteste vor Arbeitsämtern, geben. Die neuesten Infos gibt es wie immer auf unserer Website.

Der Sozialabbau betrifft uns Jugendliche besonders hart. Auf uns wartet keine Zukunft außer Zwangsarbeit für 1 Euro die Stunde! Aus dem Grund ist es wichtig, dass wir an vorderster Front im Kampf gegen Hartz stehen. Wir müssen uns unsere Zukunft selber erkämpfen!

Berlin, den 5. November 2004

p.s. Die junge Frau auf der Titelseite ist eine Genossin von REVOLUTION aus Österreich bei einer Antifa-Demo am 1. Mai in Wien.



Join the Revolution!

- ☐ ich möchte ___ Exemplare zum Weiterverkaufen
- ☐ ich möchte bei einer Demo/Aktion mitmachen
- ☐ ich möchte eine kommunistische Gehirnwäsche
- ☐ nein, danke, ich werde lieber Börsenhändler

Name

Adresse

Telefon

Email

Schule/Uni/Arbeit

schick das an: **REVOLUTION**
Postfach 146, 13091 Berlin
info@onesolutionrevolution.de
☎ 030 / 62 60 77 41

REVOLUTION ist eine internationale sozialistische Jugendorganisation, die in 8 Ländern auf 2 Kontinenten organisiert ist.

Wir kämpfen gegen Krieg, Sozialabbau, Ausbeutung, Arbeitslosigkeit, Rassismus, Sexismus, Faschismus, Umweltzerstörung – aber vor allem gegen die Ursache dieser Probleme: den globalen Kapitalismus.

Willst du mitkämpfen? Schick uns eine Mail oder schau einfach mal vorbei!

REVOLUTION berlin
jeden Samstag um 14 Uhr, Kiezladen
Dunckerstr. 14, S-Bhf Prenzlauer Allee
info@onesolutionrevolution.de

REVOLUTION bundesweit
bernau@onesolutionrevolution.de
bremen@onesolutionrevolution.de
muenster@onesolutionrevolution.de
osnabrueck@onesolutionrevolution.de
stuttgart@onesolutionrevolution.de

V.i.S.d.P.
R. Müller, Hamburg

DEIN GELD DER REVOLUTION!

Die Produktion dieser Zeitung, der Vertrieb einer Website, finanzielle Hilfe für junge GenossInnen, damit sie zu Demos fahren können – das kostet Unmengen an Geld. Als eine kleine Jugendgruppe haben wir viel zu wenig davon. Deshalb bitten wir unsere LeserInnen um kleine Spenden, denn selbst revolutionäre Gruppen brauchen Produktionsmittel.

Es ist ja klar, dass von unserer Leserschaft niemand auf einem Berg aus Goldmünzen schläft. Aber jedes kleine Bisschen hilft!

Auf unserer Website unter der Rubrik „Laden" verkaufen wir alles mögliche: T-Shirts, Aufnäher, Basecaps, sowie alte Ausgaben der Zeitung. Mit einem REVOLUTION-Shirt kannst du der ganzen Welt zeigen, dass du das kapitalistische System verabscheust genauso wie wir.

Bank: Postbank
Konto: 6475 84 100
BLZ: 100 100 10
Stichwort: REVO!

Anti-Hartz-Bewegung geht weiter!

In den letzten Monaten waren 100.000e gegen Hartz und Agenda auf der Strasse. Allein am 3. April demonstrierten nach dem Aufruf des DGB bundesweit 500.000 Menschen. Doch seitdem kam von den Gewerkschaftsspitzen Sommer, Peters und Bsirske nur noch heiße Luft. Auch zu den Montagsdemonstrationen riefen sie nicht auf.



Massive Proteste

Doch die Angriffe gehen unvermindert weiter – während die Proteste abflauen. Wie erfolgreich eine Bewegung ist, hängt wesentlich davon ab, welche Ziele, welche Perspektiven, welche Kampfmethoden sie hat. Der bisher nur geringe Erfolg der Bewegung gegen Hartz und Agenda hat zwei Hauptursachen.

Erstens waren die Proteste bisher nicht mit betrieblichen Aktionen, also Streiks verbunden. Dadurch war ihre Durchschlagskraft zu gering. Die Regierung und das hinter ihm stehende Kapital führen einen beispiellosen Angriff gegen die Arbeiterklasse, gegen die Masse der Bevölkerung und unsere sozialen Errungenschaften. Sie sind zu allem entschlossen und haben wiederholt klar gemacht, dass sie sich von Protesten nicht von ihrem Crashkurs abbringen lassen werden. Nur Streiks – und zwar nicht nur „normale" Tarifstreiks, sondern politische Massenstreiks bis hin zum Generalstreik – können genügend Druck erzeugen, um den Gegner zum „Einlenken" zu bewegen.

Wilde Streiks

Die letzten Streiks bei Daimler und bei Opel haben gezeigt, dass die ArbeiterInnen durchaus zum Kampf bereit sind. Dass es trotzdem nicht zu größeren und längeren Streiks, geschweige denn zur Verzahnung dieser einzelnen Aktionen kam, lag an der Gewerkschaftsbürokratie und den Betriebsratsfürsten. Sie haben jedes Mal einem faulen Kompromiss zugestimmt, der den Beschäftigten nur Verschlechterungen brachte. Sie haben jede Ausweitung und Radikalisierung des Kampfes verhindert.

Das führt uns zum zweiten Problem der Anti-Agenda-Bewegung. Die Proteste und Kämpfe wurden von den Reformisten – ob im DGB oder in der PDS – gedrosselt. Erstere fürchteten eine Zuspitzung der Bewegung und eine Konfrontation mit ihren politischen Freunden in der SPD; Letztere setzen auf Landesebene selbst Sparpolitik und Hartz IV um.

Und was jetzt?

Das gemeinsame Dilemma der Bewegung gegen Hartz wie der Belegschaften in den Betrieben ist nun, dass sie selbst über keine Struktur verfügen, die den Kampf führen könnte und eine politische Alternative zu den Reformisten wäre.

Normalerweise könnte und müsste das eine revolutionäre Partei sein, doch die gibt es momentan leider (noch) nicht.

Deshalb ist es umso dringlicher, eine Struktur aufzubauen, die alle umfasst, die gegen Sozialabbau und Lohnraub, gegen Massenarbeitslosigkeit und neue Armut kämpfen wollen – ob auf der Strasse, im Betrieb, an der Uni oder in der Schule. Anti-Sozialabbau-Bündnisse müssten beraten und beschließen, wie der Widerstand ausgeweitet, wie Demos und Streiks verbunden, wie der Kampf geführt werden kann, bis Hartz und Agenda vom Tisch sind. Eine solche bundesweite, ja internationale (!) Bewegung hätte nicht nur die Autorität und die Kraft, effektiven Widerstand zu organisieren – sie wäre auch eine Alternative zu Leuten wie Lafontaine, Sommer oder Gysi, die immer den Mund voll nehmen, in Wahrheit aber nur die Hosen voll haben. Gute Ansätze gibt es schon in der Aktionskonferenz gegen Sozialabbau in Frankfurt sowie das Europäische Sozailforum in London.

Doch diese Bewegung ist offenbar „das Einfache, das schwer zu machen ist", wie es Brecht einmal über den Kommunismus sagte. Wir meinen: Weg mit Ängstlichkeit, Sektierertum oder Hoffen auf das kleinere reformistische Übel! Schröder und das Kapital hinter ihm werden weiter angreifen – also müssen wir uns weiter wehren. Dieser Kampf hat aber auch einen schönen „Nebeneffekt". Immer mehr Leute werden merken, dass Kapitalismus insgesamt Scheiße ist. Deshalb: Wer wenigstens einen guten Grund hat, gegen den Kapitalismus zu sein, soll bei Revolution mitmachen!

Sorgen wir für einen heißen Herbst und ein heißes Frühjahr! ★

von Peter aus Bernau

Ich habe einen Konflikt!

eine Beamtin vom Anti-Konflikt-Team: sieht nett aus aber traegt eine Knarre...

Wer in den letzten Jahren auf einer Demo in Berlin war, kennt das Anti-Konflikt-Team. Diese in gelbe Westen gekleideten Beamten laufen ohne Helm und Panzerung neben der Demo und versuchen, durch „Überzeugung" zu bewirken, dass die Auflagen der Polizei eingehalten werden – falls das nicht funktioniert, warten ihre Kumpels in der Nähe mit Knüppeln.

Bei den Montagsdemos gegen Sozialabbau und Hartz IV ist mir aufgefallen, dass es immer noch Linke gibt, die denken es würde etwas bringen sich mit Bullen zu unterhalten. Für diese Linken gibt es das Anti-Konflikt-Team, da die uniformierten Gesetzeshüter ja eher abschreckend wirken, durch ihre brutalen Einsätze gegen Demos und überhaupt durch ihre kompromisslose Haltung.

Das Anti-Konflikt-Team will durch Gespräche eine „Beziehung" zu den DemonstrantInnen aufbauen und dadurch beim Gesprächsteilnehmer ein gewisses Verständnis für das gewalttätige Vorgehen der Polizei schaffen. Die Polizisten versuchen ihre Gesprächspartner auf verschiedene Art zu überzeugen. Sie argumentieren oft mit Problemen in ihrem Beruf, die sie erst durch „gewaltbereite, provozierende und steinewerfende Linksextremisten" haben. Einige Demonstranten denken es kann ja nichts schaden, mit dieser „Kaffeeklatsch"-Gruppe der Polizei zu reden. Aber im Gegenteil, man kriegt eher ein bisschen Verständnis für die Bullen als dass man sie lehren kann. Denn dafür ist das Anti-Konflikt-Team ja ausgebildet und hat wahrscheinlich mehr Erfahrung in „Überzeugungs"-arbeit.

Einer der Gesprächsteilnehmer an so einer „Kaffeeklatschrunde" auf der Montags-Demo meinte zu mir, dass man nur, wenn man mit den Bullen sprechen würde, sie verstehen kann und das man sonst immer „blind" durch die Gegend laufen würde. Doch da hat er sich gewaltig geirrt, denn es ist Schwachsinn, die Bullen verstehen zu wollen. Als Linker sieht man ja mit den eigenen Augen was diese machen: sie knüppeln auf DemonstrantInnen ein und versuchen Demos durch langwierige Kontrollen und Festnahmen aufzulösen oder ihre Einheit zu zerstören. Ich glaube viel mehr das genau diese Leute, die Illusionen in Gespräche mit Bullen haben, blind durch die Gegend laufen. ★

von Till aus Lichtenberg

Was sind Gewerkschaften?
(Und warum brauchen wir sie überhaupt?)

Derzeit beobachten wir, dass viele Arbeiter das Vertrauen in die Gewerkschaften verlieren und die Notwendigkeit gewerkschaftlicher Organisation nicht erkennen. Doch warum sind Gewerkschaften notwendig? Warum sollten sich gerade auch junge AbeiterInnen gewerkschaftlich organisieren?



Warum gibt es Gewerkschaften?

Im Kapitalismus gibt es zwei Hauptklassen. Die Kapitalisten, die Produktionsmittel (Maschinen, Fabriken, Banken etc.) besitzen, und die ArbeiterInnen, die keine Produktionsmittel besitzen. Letztere sind darauf angewiesen, ihre Arbeitskraft zu verkaufen.

Der Kapitalist muss Arbeitskraft kaufen, die seine Maschinen bedient. Der Arbeiter muss – um überleben zu können – seine Arbeitskraft dem Kapitalisten anbieten, d.h. verkaufen. Natürlich liegt es im Interesse des Kapitalisten, dass der Arbeiter möglichst lange zu einem möglichst geringen Lohn arbeitet. Im Gegensatz dazu besteht das Interesse des Arbeiters darin, möglichst wenig zu arbeiten und möglichst viel Lohn dafür zu erhalten. Der Lohnarbeiter ist im Unterschied z.B. zum Sklaven doppelt frei: frei von Eigentum an Produktionsmitteln, aber auch formalrechtlich frei als Person.

Letztendlich entscheidet der Klassenkampf darüber, wie Löhne, Arbeitszeiten usw. aussehen. Doch früh wurde dem Arbeiter klar, dass er als Individuum recht machtlos gegenüber dem Kapitalisten dasteht. Die beste Waffe der Kapitalisten besteht somit darin, die Konkurrenz unter den ArbeiterInnen zu schüren. Der billigste Arbeiter wird genommen. Daraus folgt, dass die beste Waffe des Arbeiters darin besteht, diese Konkurrenz zu überwinden und gemeinsam mit Gleichgesinnten seine Rechte einzufordern.

Aus dieser Einsicht folgte das Bedürfnis der ArbeiterInnen, sich zu organisieren und schließlich die Gründung von Gewerkschaften. Zunächst sind Gewerkschaften also Instrumente, mit denen die Lohnabhängigen gemeinsam dafür kämpfen, den Preis ihrer Arbeitskraft – die sie ja als Ware dem Kapitalisten verkaufen – möglichst hoch zu halten.

Erfolge der Gewerkschaften

Seit ihrer Entstehung haben die Gewerkschaften bedeutende Fortschritte für die Arbeiterklasse erzielt. Die Sozialversicherungen, welche die Arbeiter vor dem Absturz ins soziale Elend bewahren, sind auf Druck der Arbeiterbewegung eingeführt worden. 35-Stunden Woche, höhere Löhne, Lohnfortzahlung bei Krankheit, mindestens 24 Tage Urlaub im Jahr, Arbeitsschutzbestimmungen, Schichtzuschläge, Verbot von Kinderarbeit, Recht auf Fortbildung, Kündigungsschutz, Recht auf Betriebsräte – all das sind Errungenschaften der organisierten Arbeiterbewegung in Deutschland. Jeder, der schon einmal im Betrieb war, weiß, dass es absolut naiv ist zu glauben, man könnte solche Sachen genauso auf Betriebsebene oder gar individuell aushandeln. Allein deshalb sollte jeder Arbeiter die Gewerkschaften unterstützen.

Arbeiteraristokratie

Heute jedoch stecken die Gewerkschaften in einer Legitimationskrise. Das hängt vor allem damit zusammen, dass sie von hauptamtlichen Funktionären geführt werden, die mit dem täglichen Kampf des einfachen Arbeiters wenig am Hut haben. Auch scheinen sich die Gewerkschaften nur um die Rechte der etwas besser gestellten ArbeiterInnen zu kümmern.

Die privilegierten hauptamtlichen FunktionärInnen (die Arbeiterbürokratie) und ihr bürokratischer Apparat beherrschen und kontrollieren die Gewerkschaften. Sie stützen sich dabei vor allem auf die besser bezahlten ArbeiterInnen (die Arbeiteraristokratie).

Das Kapital war von der Gewerkschaftsbewegung und deren Macht beunruhigt. Die Kapitalisten mussten Maßnahmen ergreifen, wenn sie ihre wirtschaftliche und politische Macht nicht an die Arbeiterklasse verlieren wollten. Also zeigten sie sich „wohlwollend" gegenüber den Gewerkschaften und ihren Führern. Sie gestanden den organisierten ArbeiterInnen einige Rechte zu.

So wurden die Gewerkschaftsführer plötzlich zu „angesehenen" Leuten. Alle diese Maßnahmen zielten darauf ab, der Arbeiterbewegung den Wind aus den Segeln zu nehmen und die Arbeiterklasse zu spalten. So wurde z.B. in England 1867 der Reform Act verabschiedet, welcher der oberen Schicht der Arbeiterklasse das Wahlrecht gab, während die meisten männlichen Arbeiter und alle Frauen weiterhin nicht wählen durften. Solche Maßnahmen beeinflussen die Gewerkschaften bis heute. So kämpfen die Gewerkschaftsführer in den Tarifrunden bewusst nur in den Großbetrieben (z.B. bei Daimler& Co.), während sie sich um weniger organisierte Betriebe kaum kümmern.

Die Arbeiterbürokratie genießt eine privilegierte, abgehobene Stellung in der Gesellschaft. Somit verbinden sich ihre Interessen mit denen des Kapitalismus (ihnen geht es ja gut). Heute besteht die Arbeiteraristokratie aus den Herren Sommer & Co. in den Gewerkschaften selbst, sowie aus den Herren Klemm (Betriebsratsvorsitzender bei DaimlerChrysler) & Co. im Betrieb.

Die Gewerkschaftsbürokratie, die Mehrheit der Hauptamtlichen und der Betriebsräte, betreiben eine Politik der Unterordnung der Arbeiterklasse unter die Interessen des Kapitals. Das erfolgt z.B. unter Slogans wie „Standortsicherung" oder „Kostendämpfung". Zu dieser Logik gehören Verhandlungen und manchmal – als Druckmittel – auch Streiks. Doch dabei geht es der Bürokratie immer darum, zu verhindern, dass ein Kampf die Grundlagen des Kapitalismus (Privateigentum, Geschäftsgeheimnis usw.) in Gefahr bringt.

Warum wir Gewerkschaften trotzdem brauchen

Die bremsende und verräterische Arbeiterbürokratie und deren Vorstellung von der Alternativlosigkeit der kapitalistischen Marktwirtschaft führen dazu, dass sich die Gewerkschaften heute in einer Krise befinden und die Mitgliederzahlen sinken. Viele Kolle-

gen und Kolleginnen empfinden es als unnötig, der Gewerkschaft beizutreten und auch noch Beitrag zu zahlen (1% vom Brutto-Gehalt).

Doch die Alternative zu den bürokratischen Gewerkschaften und ihrer Führung ist nicht, sich von der Gewerkschaft fern zu halten. Es gibt ein böses Erwachen, wenn das Kapital zum Generalangriff bläst. Letztendlich werden die Löhne gesenkt und ein Rundumschlag auf alle unsere Errungenschaften gestartet, der dann aufgrund der schwachen Organisierung wohl nicht mehr zurückgeschlagen werden kann. Die gewerkschaftliche Organisation ist und bleibt im Kapitalismus ein wichtiges Mittel für Arbeiter, sich gegen Angriffe zu wehren und seinen Lebensstandard zu verteidigen.

Der Kampf für revolutionäre Gewerkschaften

Auch für uns Revolutionäre sind Gewerkschaften wichtig. Wenn wir die Arbeiterklasse zum Kampf gegen den Kapitalismus führen wollen, können wir deren tägliche Kämpfe um bessere Bedingungen nicht ignorieren. Für den Arbeiter ist es enorm wichtig, aus seiner Ohnmacht gegenüber dem Kapital aufzuwachen und seine Stärke zu spüren. Diese Stärke entwickelt er in der Organisation. Wenn alle ArbeiterInnen organisiert wären, könnten wir alle Räder von heute auf morgen lahm legen. Deshalb werden die Gewerkschaften auch logischerweise zur machtvollsten Organisation innerhalb des Kapitalismus. Im täglichen Kampf entwickelt der einfache Arbeiter ein Bewusstsein für diese Gegebenheit. Die Arbeiterklasse braucht kollektive Kampferfahrung. Während so für den Arbeiter die Gewerkschaften ein Mittel darstellen, um seine Lebensverhältnisse zu verbessern, sind sie für uns Revolutionäre „Kriegsschulen der Arbeiter".

Durch den täglichen Kampf lernen die ArbeiterInnen erst, sich gegen die herrschende Ordnung aufzulehnen und sie letztendlich in Frage zu stellen. Außerdem werden sie bei ihren Forderungen schnell feststellen, dass unsere Wirtschaftsordnung nicht in der Lage ist, ihre Bedürfnisse zu befriedigen und Sicherheit für alle zu bieten.

Doch das geht nur, wenn wir kämpferische Gewerkschaften haben, die die Arbeiterklasse mobilisieren. Doch davon sind wir momentan weit entfernt. Momentan sind die Gewerkschaften fest im Griff der Bürokratie. Deshalb müssen wir eine klassenkämpferische Basisbewegung in den Gewerkschaften aufbauen, welche sich über die Disziplin der verräterischen Führungen hinwegsetzt und die Gewerkschaften wieder für die Arbeiterklasse zurückgewinnt. Die Gewerkschaften müssen der politischen und organisatorischen Kontrolle der Bürokraten entrissen werden. Alles, was in der Gewerkschaft passiert, jeder Kampf, jede Verhandlung muss der vollen Kontrolle der Basis unterliegen! Die Gewerkschaften können und müssen sich von Handlangern des Kapitals über „Kriegsschulen" bis hin zur revolutionären Kraft entwickeln.

Dafür sollten wir mit aller Macht kämpfen. ★

von Jim aus Stuttgart

Für eine neue Arbeiterpartei!

(und gegen einen bürokratischen Wahlverein!)

Die „Wahlalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit" ist eine Initiative, die Ende November eine neue Linkspartei ins Leben rufen wird. Die Gründung der WASG ging von GewerkschaftsfunktionärInnen aus der IG Metall und ver.di, linken WissenschaftlerInnen sowie ehemaligen SPD- und PDS-Mitgliedern aus, die eine politische Alternative zu Neoliberalismus und Sozialkahlschlag der Regierung schaffen wollten.

So zieht sie viele ArbeiterInnen und Arbeitslose an, die nach einer politischen Alternative zu SPD und PDS, nach einer neuen Partei für den Kampf gegen die Unternehmeroffensive und die Regierung suchen. Die WASG soll im Frühjahr 2005 formell zur Partei werden und hat aktuell über 5.000 Mitglieder.

Das politische Selbstverständnis wird bisher von Gewerkschaftsbürokraten und Reformern geprägt. Ihrer Auffassung zufolge soll die WASG eine soziale Alternative zur neoliberalen Politik der Regierung und Großunternehmer darstellen. Ziele sind die Sicherung der Sozialsysteme und die Steigerung der Kaufkraft durch Belebung der Binnennachfrage. Das soll durch die Besteuerung der Reichen, durch „Umverteilung von oben nach unten", die Tobin-Tax (eine symbolische Besteuerung der spekulativen Aktiengeschäfte, benannt nach dem Ökonomen Tobin), Kürzung der Ausgaben für das Militär und Lohnerhöhungen geschehen.

Im Grunde entspricht das Konzept dem Programm der SPD in den 1970er Jahren. Dieses ist aber aufgrund der immer tieferen Krise des Kapitalismus vollends gescheitert. Es wird auch bei einer neuen Partei und durch einige globalisierungskritische Ergänzungen der neueren Zeit nicht funktionieren.

Was von den Spitzen der WASG angestrebt wird, ist keine „andere Welt", erst recht keine neue, sozialistische Gesellschaft.

Daher geht es der WASG auch in erster Linie darum, über Wahlen und ein Bündnis mit „vernünftigen" Unternehmern Veränderungen herbeizuführen und nicht durch den Kampf auf der Straße und im Betrieb.

Das hat schon oft in der Geschichte zu Perspektiv- und Aktionslosigkeit, die freiwillige Selbstaufgabe zum Wohle der einheimischen Wirtschaft zur Resignation, zur eigenen politischen Demontage, sozialen Verfall und nicht zuletzt zu Kriegen geführt.

Diese Sozialpartnerschaft, also der „sozialverträgliche" Kompromiss der Kapitalisten und Lohnabhängigen führt nicht zur Verteidigung bestehender Rechte, sondern zu deren Ausverkauf. Die Herrschenden werden zu noch unverschämteren Angriffen ermutigt.

Deshalb ist es wichtig, dass aus der Wahlalternative mehr wird als nur ein weiterer Wahlverein, der von reformistischen Bürokraten geführt wird, die auf Absprachen mit den Kapitalisten setzen.

In der Wahlalternative gibt es auch kämpferische ArbeiterInnen und AntikapitalistInnen, die dafür kämpfen, dass sie eine Kampforganisation, die demokratisch organisiert ist und nach außen radikal die Interessen ihrer Klasse, der Arbeiterklasse, vertritt und durchzusetzen versucht.

Sie darf sich nicht mit Zugeständnissen zufrieden geben, sondern muss bis zur revolutionären Auflösung des Ausbeutungssystems kämpfen. Sie darf sich nicht nationalstaatlichen Illusionen hingeben. Vielmehr geht es darum, gegenüber dem international organisierten Kapital einem internationalen Widerstandskampf zu führen. Denn: Der Kampf für Befreiung ist international oder er ist gar nicht. ★

von Lucien aus Tempelhof

LINKS



www.worldrevolution.info



www.FreeMario.de

An die Jugend der USA...

Diese Erklärung haben wir gemeinsam mit GenossInnen aus den USA kurz vor den Präsidentschaftswahlen am 2. November geschrieben. Sie wurde per Internet in den USA verbreitet.

Obwohl die Wahlen vorüber sind und der texanische Terror weiter im Oval Office sitzt, ist diese Erklärung nach wie vor relevant. Der Ausgang der Wahlen beweist die Perspektivlosigkeit einer Unterstützung von Kerry: der Kampf gegen die Besatzung des Iraks und gegen den andauernden Sozialabbau muss auf der Straße, nicht im Wahllokal, geführt werden.

Wahlen finden nur einmal alle vier Jahren statt, der Klassenkampf wird jeden Tag geführt.

Am 2. November werdet ihr aufgerufen, eure Stimme bei der Wahl des Präsidenten abzugeben – jedenfalls all diejenigen, die über 18 sind, die US-amerikanische Staatsbürgerschaft und einen permanenten Wohnsitz haben.

Umfragen haben ergeben, dass eine klare Mehrheit der 18 bis 35jährigen gegen Bush eingestellt ist. Und das aus gutem Grund. In den letzten 4 Jahren hat er das Land in 2 Kriege gestürzt. Es sind Jugendliche, die für die Profite der amerikanischen Ölkonzerne kämpfen und sterben müssen.

Die Bush-Regierung hat einen gewaltigen Anstieg von Arbeitslosigkeit, Armut und medizinischer Unterversorgung verursacht. Die Ausgaben für die Rüstung steigen und steigen, während die Gelder für Bildung und Gesundheitsfürsorge immer spärlicher fließen. Diese Politik schadet besonders den jungen Leuten, denn gerade sie haben am wenigsten von den Steuergeschenken an das Großkapital.

An Schulen, Universitäten und in Gewerkschaften hat sich eine ständig wachsende Wut gegen den texanischen Terror aufgestaut. Dieser Zorn entlud sich in der riesigen Demonstration gegen den Parteitag der Republikaner am 29. August. Eine halbe Million Menschen bevölkerten die Straßen von New York, die größte Demo seit 20 Jahren.

Es war klar, die Jugend der USA wollte Bush ihre Ablehnung demonstrieren. Aber ist es eine gute Idee, für „jeden außer Bush" zu stimmen? Und da die USA ein 2-Parteien-System hat, lautet die Frage: ist es eine gute Idee, für John Kerry zu stimmen?

Es wäre nur überlegenswert, für jemand anderen als Bush zu stimmen, wenn dieser Jemand qualitativ besser wäre als der gegenwärtige Präsident. Aber Kerry legt nur eine weniger abstoßende, arrogante und ignorante Version von Bushs Politik an den Tag.

Kerry unterstützt die Besetzung des Irak; er hat sogar durchblicken lassen, dass er noch mehr Truppen entsenden würde, um den Widerstand des irakischen Volkes zu brechen. Er ist ein ausgesprochener Befürworter des „Kriegs gegen den Terror", der benutzt wird, um Angriffskriege außerhalb und die Unterdrückung von ImmigrantInnen und Linken innerhalb der USA zu rechtfertigen. Kerry unterstützt Israels blutige Unterdrückung der PalästinenserInnen und die Apartheidmauer um die besetzten Gebiete. Und er sagt wenig zu den Billiglöhnen und Angriffen auf Arbeiterrechte, die für Millionen den Alltag in Bushs Amerika bedeuten.

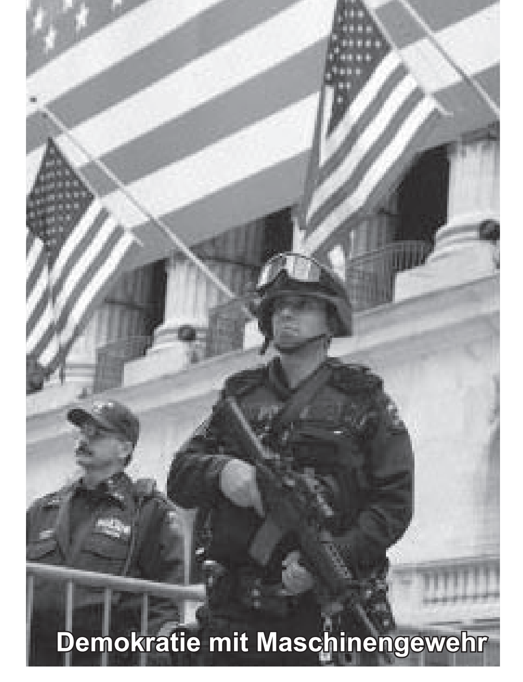
Wir dürfen auch nicht all die Kriege vergessen, die von Demokraten geführt worden sind, wie Vietnam (Kennedy, Johnson) oder Korea (Truman). Clinton hat in seiner 8jährigen Amtszeit Somalia, Sudan, Serbien, Haiti und Irak angegriffen – das sind nur ein paar Beispiele. Außerdem hat er die brutalen Sanktionen gegen den Irak durchgedrückt, die 1,5 Millionen Menschen das Leben kosteten.

Warum betreiben beide Kandidaten eine so ähnliche Politik? Beide sind Vertreter derselben Klasse, der US-amerikanischen Kapitalisten. Kerry erhält von den Großkonzernen genau so viel Geld wie Bush (mit Ausnahme von der Ölindustrie), und seine Wahlkampagne wird von prominenten Milliardären wie George Soros gesponsert.

RevolutionärInnen unterstützen kein „kleineres Übel", keinen „nicht ganz so schlimmen" kapitalistischen Politiker gegen einen „ganz schlimmen". Stattdessen kämpfen wir für:

- ✪ Sofortiger Truppenabzug aus dem Irak! Unterstützung des irakischen Widerstands! Schluss mit der Unterdrückung Palästinas!
- ✪ Freie und umfassende Gesundheitsfürsorge, Bildung, Rente für alle. Finanzierung dieses Programms durch Besteuerung der Reichen und Zerschlagung des imperialistischen Militärs, das 400 Milliarden Dollar jährlich verschlingt!
- ✪ Verstaatlichung des Großkapitals unter Arbeiterkontrolle. Produktion von Gütern nicht für die Profite von ein paar Kapitalisten, sondern von den Massen für die Massen!

Natürlich unterstützt kein Kandidat diese Forderungen. Selbst der „antikorporatistische" Kandidat Nader, mit dem viele Linke sympathisieren, verteidigt rassistische Einwanderungsbeschränkungen, was seine Beliebtheit bei der offen rassistischen Reform Party erklärt. Und er gibt zu, dass er den Kapitalismus retten will, statt ihn abzuschaffen.



Demokratie mit Maschinengewehr

Deshalb müssen alle diese Forderungen auf der Strasse erkämpft werden und dürfen nicht in der Wahlkabine verschwinden. Eine allgemeine Gesundheitsfürsorge wird nicht vom Kongress eingeführt, sie kann nur über den Klassenkampf errungen werden, organisiert durch Nachbarschaftsausschüsse und ArbeiterInnen im Gesundheitswesen. Die imperialistische Aggression kann nicht an der Wahlurne verhindert werden, sondern nur durch zivilen Ungehorsam in den USA und bewaffneten Widerstand im Irak.

Endlose Kriege, erdrückende Armut für Milliarden Menschen, Rassismus, Sexismus und Homophobie – das Elend der Welt ist Normalbetrieb im globalen Kapitalismus. Wenn wir eine bessere Welt wollen, bringt es nichts, für einen reichen weißen Politiker zu stimmen.

Wir werden dieses System endgültig begraben müssen, d.h. die Kapitalisten bekämpfen und Polizei, Armee, Gefängnisse und Gerichte (d.h. den Staat, der sie beschützt), zerschlagen. Das bedeutet die Organisation von ArbeiterInnen und Unterdrückten (einschließlich der Jugend, Frauen, ethnischer und sexueller Minderheiten) in einer revolutionären Partei, die Millionen Menschen in Gang setzt, die mit Bushs Politik unzufrieden sind, um die Kontrolle über die Gesellschaft den Kapitalisten aus den Händen zu nehmen. Eine neue amerikanische Revolution, eine sozialistische Revolution ist die einzige Alternative zu George Kerry und John Bush.

Klingt das unmöglich? Eine Reihe von größeren Gewerkschaften, die etwa 2 Millionen US-ArbeiterInnen vertreten, haben in diesem Jahr klare Resolutionen gegen den Krieg beschlossen. Nichtsdestotrotz unterstützen sie Kerry mit 65 Millionen Dollar. Das zeigt, dass die US-amerikanischen ArbeiterInnen die Kraft haben, für eine unabhängige Klassenpolitik einzutreten, aber sie sind gefangen in der Logik des 'kleineren Übel', einen Kandidaten der Kapitalisten zu unterstützen, weil er „nicht Bush" und Demokrat ist. Der Weg vorwärts:

- ✪ Keine Unterstützung für kapitalistische Politiker. Aufbau einer unabhängigen Partei der Arbeiterklasse!
- ✪ Kampf für revolutionäre, antikapitalistische Politik in der Arbeiterbewegung!
- ✪ Kampf zur Bildung einer neuen Arbeiterinternationale, der 5. Internationale!

Jugend der USA, nutzt den 2. November! Vertraut keinem der Präsidentschaftskandidaten, die für Krieg, Unterdrückung, Privatisierung und Armut stehen, sondern organisiert den Kampf für eure eigenen Interessen! Es gibt eine Welt jenseits der Lügen von Bush und Kerry, jenseits von Ausbeutung, Rassismus und Krieg des kapitalistischen Systems: eine klassenlose, kommunistische Welt. Die können wir gewinnen, wenn wir den Kampf dafür organisieren.

WORLD REVOLUTION

//Internationales Koordinationskomitee

Arbeitsamt = Scheiße

Was treibt einen Menschen dazu eineN AngestellteN des Arbeitsamtes mit einem Messer oder gar mit einer Axt anzugreifen? Wahrscheinlich die gleichen Gründe, die dazu führten, daß ein Brandsatz am Anfang diesen Jahres in einem Arbeitsamt gelegt wurde. Frustrierte Arbeitssuchende die keinen Ausweg mehr wissen und die Beherrschung verlieren.

Im Folgenden findet ihr die Gedanken einer Angestellten des Arbeitsamtes und des weiteren wird der „Arbeitstag" eines Arbeitslosen beleuchtet. ★

Salvador aus Friedrichshain



von Serj, Arbeitsamt-Angestellte

Bei jedem Regierungswechsel ist erst mal grundsätzlich alles Scheiße gewesen, was die vorige Partei gemacht hat, daraus folgt eine neue Reform. Wieder müssen alle umlernen, wieder gibt es zu wenig Geld und Zeit, um die Mitarbeiter vernünftig zu schulen, wieder weiß kein Arbeitsloser mehr, was er machen muss, wo er hin soll und was sich geändert hat usw.

Die Politiker stellen es all zu gern so dar, dass wir als Amt nicht funktionieren. Aber das Arbeitsamt gestaltet die Arbeitsmarktpolitik nicht, sie setzt sie nur um, und das kann sie nur, wenn das von der Regierung entworfene System funktionieren würde, genug Geld da wäre um die Mitarbeiter vernünftig zu schulen und jegliche Arbeitsmittel bereitgestellt würden.

Die meisten Arbeitslosen denken ja auch, es wird nur an ihnen gespart, dabei haben wir hier genauso unter den Arbeitsbedingungen zu leiden. Ich kann mir auch vorstellen, das sie genug mit sich selber zu tun haben und sicher nen Scheiß drum geben, was die „überbezahlten Amtsäcke" hier für Sorgen haben. (Nur nebenbei, ich verdien längst nicht so viel wie jemand bei Aldi). Wir haben den Druck von oben und den der Arbeitslosen, die mit jeder Reform, die von oben erlassen wird, gequält werden. Nur das will keiner sehen, denn es ist eben zu einfach „der Tussi vom Arbeitsamt" alles in die Schuhe zu schieben. Es ist ja auch verständlich. Diejenige, die schlechte Nachrichten überbringt, die den Arbeitslosen persönlich betreffen, bleibt nun mal länger bei ihm im Gedächtnis, als der, der das Gesetz entwirft. Und die Leute werden durch die Klatschspalten aufgehetzt, indem Individualfälle gezeigt werden wo das *Arbeitsamt* wieder was verbockt hat und meist wird das ganze noch als persönliche Angelegenheit aufgefasst, weil *die* Tante vom Arbeitsamt denjenigen sicher nicht leiden konnte. Und zu guter letzt, schnappt sich der zurecht gefrustete Arbeitslose einen Sprengsatz oder einen Axt, lässt seine Wut an der falschen Stelle aus und gefährdet unser und mein (und sein!) Leben ...

Dabei würde angesichts der Lage hier keine Sau von uns seinen Job aufs Spiel setzen, um jemanden zu Unrecht irgendwas wegnehmen oder verweigern. Schließlich verteilen wir ja auch nicht unser Geld und müssen selbst haften, wenn ein gravierender Fehler gemacht wird.

Der Egoismus wird in dieser Gesellschaft durch Medien und Politik, letztendlich durch das Grundübel Kapitalismus, nur noch mehr geschürt. Und das Misstrauen und die Missgünstigkeit untereinander.

Der Politik kommt die Hetze der Medien gerade recht, weil sie dann nicht direkt mit dem Arbeitsamt und deren Geschäft in Verbindung gebracht werden. Jetzt haben sie sogar eine Rechtfertigung dafür, Steuergelder aus Angst vor weiteren Anschlägen zu verwenden, um die Arbeitsämter mittels bewaffneter Securitys zu schützen.

Jetzt haben es alle von der SPD satt (siehe ihr gruseliges Ergebnis bei der Europawahl), weil sie Arbeitslose mit Füßen tritt. Und wer glaubt, die CDU würde es anders machen? Wie viel besser kann man denn *nicht* aufteilen? In dieser Gesellschaft sind fast fünf Millionen Menschen für das Kapital „überflüssig", während andere 50 oder 60 Stunden die Woche arbeiten. So lange dieser Zustand anhält, wird das Arbeitsamt immer Scheiße sein.

von Alberto, Arbeitsloser

Guten Morgen um 7.oo Uhr (gäähn), wobei sich die Frage stellt, was an diesem Morgen gut sein soll. Um 8.oo Uhr zur Agentur für Arbeit. Zeitig genug, dachte ich, um nicht all zu lang dort zu sein zu müssen. Schlafe ja normalerweise doch etwas länger. Aber weit gefehlt. Zehn vor acht stehen schon 20-30 Arbeitssuchende vor dem Amt, die wohl den gleichen Gedanken hatten, wie ich und mir wird klar, dass das länger, als meine geplanten 10 Minuten dauern wird. Der Grund für meinen Besuch war lediglich, einen Antrag für Bewerbungskostenrückerstattung zu holen und dafür braucht mensch ja nun wirklich keinen Termin! JedeR die/der schon Bewerbungen schrieb, weiß sicher, wie teuer das werden kann, weil mensch ja nicht nur eine Bewerbung schreibt, dazu kommen dann noch einige Bewerbungsfotos, Briefumschläge, Briefmarken usw. und bei dem wenigen Arbeitslosengeld, dass mensch hier bekommt, ist es doch von Vorteil sich ein paar Minuten Zeit zu nehmen um diesen bürokratischen Wisch auszufüllen.

Aber erst einmal heißt es, überhaupt an einen Antrag zu kommen. Lange Wartezeiten durch die vielen Leute die vor mir da waren, neue Regelungen in den Ämtern, die sich dadurch bemerkbar machen, dass nun ein anderer Schalter für mich zuständig ist. Ich stand schon eine halbe Stunde und erfahre, als ich an der Reihe bin, dass ich mich noch einmal eine halbe Stunde an den anderen Schalter anstellen muss.

Endlich am Ziel, bemerke ich, wie immer, dass das Amt auch nur ein Verwaltungsgebäude ist und dich als Menschen genauso abfertigt wie den Antrag selbst.

Nach gut einer und ner halben Stunde hatte ich endlich das Stück Papier und konnte mich ans Ausfüllen machen. Noch am selben Tag schickte ich den Antrag zurück zum Amt.

Aber wer jetzt denkt, dass ich nun innerhalb eines Tages meine Kohle zurückbekommen habe, der ist sehr naiv. Ich rief das Amt dann mehrere Male an, über einen Zeitraum von einem *halben Jahr (!)* an, um nachzufragen, wie weit mein Antrag bearbeitet ist. Ich wurde dann jedes Mal halbherzig beruhigt mit den Worten: „Wir tun was wir können, aber wir haben hier mehrere hundert Anträge zu bearbeiten. Aber in den nächsten zwei Wochen haben sie ihr Geld." Schon wieder verarscht!

Nach zwei Wochen rief ich wieder an. Mein Antrag wurde wohl schon bearbeitet, aber es fehlen noch diverse Informationen meinerseits. Nicht etwa, dass mich das Amt von selbst anruft oder anschreibt.

Ist denn dann noch verwunderlich, dass Arbeitslose, die noch ganz andere Probleme haben, wo ihre und die Existenz ihrer Familie, von der Dauer der Bearbeitungszeit abhängt, einfach einmal die Schnauze voll haben und ausklinken? Sich eine Axt, ein Messer oder einen Brandsatz nehmen, zum Amt gehen und die Leute bedrohen, die ihre Anträge bearbeiten.

Nur sehen diese Menschen nicht, dass die BearbeiterInnen, wie jedeR ArbeiterIn in diesem System, unter beschissenen Bedingungen arbeiten und (meist) gar nicht die Schuld daran haben.

Darum, liebe Angestellten der Bundesagentur für Arbeit, gibt es nur eine Lösung der Probleme beider Seiten: STREIK UND BESETZUNG SÄMTLICHER ARBEITSÄMTER!!!

Antikapitalismus im Millenium Dome

London im Herbst ist kalt, grau, es regnet mehrmals täglich. Aber vom 15.-17. Oktober trafen sich trotzdem Zehntausende Leute aus ganz Europa in London. Warum? Fürs Europäischen Sozialforum, so was wie eine Kontinentalkonferenz der antikapitalistischen Bewegung unter dem Motto „eine andere Welt ist möglich".

In der großen Ausstellungshalle Alexandra Palace auf einem Hügel über London, kamen die Menschen zusammen, um den europaweiten Kampf gegen Krieg, Sozialabbau und Rassismus voranzutreiben. GenossInnen von allen europäischen REVOLUTION-Gruppen (sowie ein neues Mitglied aus Israel) waren gekommen, insgesamt über 100 Jugendliche. Unser Ziel war, das ESF in eine revolutionäre Richtung zu drängen. Wie wir zu sagen pflegen: „Eine andere Welt ist möglich – aber nur durch die sozialistische Revolution!"



Nicht perfekt ...

Das diesjährige Forum war mit 20.000 TeilnehmerInnen kleiner als die letzten Beiden in Florenz und Paris (mit jeweils 50.000-60.000).

Das Forum war teurer, viel viel viel teurer – allein die Anmeldung kostete 32 Euro, mehr als 10mal so viel wie letztes Jahr! Und für die Unterkunft im Millennium Dome (ein riesiger, leerstehender Bau am Thames, der wie ein Raumschiff aussieht), musste man noch 10 Pfund abdrücken. In den letzten Jahren war die Unterkunft immer kostenlos.

Das Forum war bürokratischer organisiert – um sich anzumelden, brauchte man eine Kreditkarte. Vor dem Millennium Dome stand rund um die Uhr Security, die nach Alkohol gesucht und permanent gestresst hat. Bei den früheren ESFs wurde die Anmeldung sowie die „Ordnung und Sicherheit" von Freiwilligen und GewerkschaftlerInnen organisiert – und funktionierte generell stressfrei!

Schuld an allem war der große Finanzier des ESFs. Londons Bürgermeister Ken Livingstone, bekannt als der „Rote Ken", hatte eine Viertel Million Pfund zur Verfü-

Resolution der ESF-Jugendversammlung

Die Jugendversammlung des Europäischen Sozialforums 2004 erklärt ihre Opposition gegen eine Welt aus Krieg, Rassismus und Armut, und gegen das System, das diese verursacht – den globalen Kapitalismus.

Jugendliche standen an der Spitze dieser Bewegung. Wir haben die Gipfeltreffen der Reichen und Mächtigen belagert. Wir haben in Millionenstärke gegen den Krieg demonstriert. Heute setzen wir diesen Kampf fort. Wir rufen zum sofortigen Abzug der Besatzungstruppen aus dem Irak und zur Solidarität mit dem irakischen Widerstand auf. Wir rufen zur Solidarität mit den nationalen Befreiungskämpfen der BaskInnen und PalästinenserInnen auf. Wir rufen zu Streiks, zivilem Ungehorsam und direkten Aktionen auf, um den Angriff der Europäischen Union auf die Sozialleistungen und die Rechte der ArbeiterInnen aufzuhalten und um die Einführung der neoliberalen Europäischen Verfassung zu stoppen.

Wir bekämpfen den Rassismus der Festung Europa und fordern gleiche Rechte für ImmigrantInnen, ihre volle Bewegungsfreiheit und die Abschaffung aller Grenzkontrollen durch die rassistischen EU-Staaten. Wir fordern Aktionen gegen die Zerstörung der Umwelt. Wir fordern gleiche Rechte für Jugendliche und die Kontrolle über unsere Erziehung, Ausbildung, Arbeit, Sexualität und Freizeit – über unser Leben.

Wir rufen die Versammlung der Sozialen Bewegungen dazu auf, entschlossen zu folgenden Massenmobilisierungen aufzurufen:

- ✪ Verhindert den EU-Gipfel in Brüssel im März 2005!
- ✪ Verhindert den G8-Gipfel in Schottland im Juli 2005!
- ✪ Baut Sozialforen in Schulen, Unis und im Betrieb auf!
- ✪ Ruft zu einem internationalen Aktionstag gegen den Krieg auf!
- ✪ Ruft zu einem Aktionstag gegen die neoliberale EU-Verfassung am 1. Februar auf!
- ✪ Die Jugend ist auch unter den RednerInnen am ESF unterrepräsentiert. Für einen Jugendraum und eine Jugendversammlung bei allen zukünftigen Europäischen Sozialforen und am Weltsozialforum (WSF)!
- ✪ Schafft eine permanente Koordinierung für die Mobilisierungen, die sich im März 2005 treffen sollte!

Die Jugend steht bei den Aktionen auf der Straße an vorderster Front, aber auf den Podien beim ESF und WSF fehlt sie fast vollständig. Wir Jugendliche werden an den Rand gedrängt, weil man unsere Militanz fürchtet. Beim diesjährigen ESF wurde uns eine Jugendversammlung mit simultaner Übersetzung verwehrt. Das darf sich nicht wiederholen!

Auf jedem ESF und WSF muss es in Zukunft eine Jugendversammlung geben. Das kann ein Schritt zur Schaffung einer revolutionären Jugend-Internationale sein, die Jugendliche aus Europa und der ganzen Welt vereinen kann im Kampf gegen den globalen Kapitalismus und für eine Welt frei von Hunger, Unterdrückung und Krieg.

Wir rufen daher als nächsten Schritt in diese Richtung alle antikapitalistischen Jugendorganisationen, die der Jugend eine Stimme in der Bewegung geben möchten, dazu auf, einen gemeinsamen Aktionsplan und Diskussionsstrukturen zur Debatte unserer politischen Differenzen auf einem internationalen Delegiertentreffen zu entwickeln.

gung gestellt. Natürlich verfolgte er seine eigenen Interessen: er wollte das ganze ESF in eine „We love Ken"-Versammlung umwandeln. Zum Beispiel waren bei der Eröffnungsveranstaltung des ESFs, wo Livingstone natürlich Hauptredner war, die Hälfte der Plätze für Prominente reserviert. Eine Gruppe von Jugendlichen aus Katalonien, die aus Protest gegen die hohen Unterkunftskosten ein Transpi entrollt hatten, wurden von der Polizei aus dem Gebäude gejagt.

Warum das alles? Weil der alte Ken sein Image als „Linker" innerhalb von Tony Blairs Labour Party aufputschen möchte. Er war gegen den Irak-Krieg (gut), hat aber Streiks der U-BahnfahrerInnen zu unterminieren versucht, lässt 1.-Mai-Demos von der Polizei auseinanderknüppeln, und kooperiert mit Abschiebungen (schlecht, schlecht, schlecht!). Deshalb war er sehr besorgt, jegliche Kritik an ihn auszusperren. Z.B. die Scottish Socialist Youth, die mit Buttons mit Kens Kopf und dem Wort „Scab!" (Streikbrecher!) angekommen sind, haben Stress von der Security gekriegt.

Faustschlaege

Die rechteren Kräfte im ESF (Gewerkschaftsfunktionäre, Sozialdemokraten, NGOs) hatten sich organisiert, um das ESF politisch lahm zu legen. So wurden als RednerInnen bei den Plena fast 2/3 hauptamtliche Gewerkschaftsfunktionäre bestimmt.

Dagegen waren VertreterInnen von realen Kämpfen der ArbeiterInnen, ImmigrantInnen, oder Antikriegs-AktivistInnen auf den Podien nicht zu finden. Jugendliche fehlten sowieso komplett.

Die Proteste gegen die bürokratische Organisierung des Forums nahmen verschiedene Formen an, die gern und oft in der Presse aufgegriffen wurden.

Zum Beispiel auf einem Plenum am Freitag mit dem Titel „Beendet die Besatzung des Iraks" sollte der Generalsekretär der Irakischen Gewerkschaftsföderation (einer gelben Gewerkschaft, die die US-Besatzung sowie deren Marionettenregierung unterstützt) sprechen. Ein anwesender irakischer Gewerkschafter meinte, dass sei, als würde man die BNP (britische Nazi-Partei) zu einer antifaschistischen Veranstaltung einladen.

Aus dem Grund haben einige Duzend IrakerInnen, unterstützt von AktivistInnen von REVOLUTION und der Liga für die Fünfte Internationale, mit Pfeifen und Zwischenrufen gegen die Veranstaltung protestiert.

Oder am Samstag sollte Ken Livingstone auf einem antirassistischen Plenum sprechen. Kurz vorher wurde die Bühne von 100-200 AnarchistInnen gestürmt, die ein großes Transpi entrollten („Kens Partei ist die Kriegs-Partei" – was auch stimmt!) und Reden hielten gegen die hohen Teilnahmegebühren und undurchsichtige Organisierung beim Forum. Als sie das Gebäude verlassen wollten, wurden einige verhaftet – d.h. die Organisatoren, die sagen “eine andere Welt ist möglich”, haben die Polizei ins Forum eingeladen!

Diese Auseinandersetzungen sorgten für viel Spannung auf bzw. nach dem ESF. Die Auseinandersetzung zwischen links und rechts, zwischen Reform und Revolution, zwischen Gewerkschaftsbürokraten und radikalen Jugendlichen, gibt es seit Jahren in der antikapitalistischen Bewegung und war auf jedem Forum zu beobachten. Diesmal war sie für jeden sichtbar.

... aber doch ganz nett

Das ESF bestand aber nicht nur aus Prügeleien. Im Gegenteil! Das Forum ist nach wie vor die beste Gelegenheit des Jahres, sich europaweit zu vernetzen. So organisierten wir von WORLD REVOLUTION eine Veranstaltung mit dem Titel „Vereint die Jugendkämpfe der Welt", an der Jugendliche aus dem ganzen Kontinent teilgenommen haben. Viele kämpferische GewerkschafterInnen konnten Erfahrungen austauschen: z.B. wurde vom ESF eine Solidaritätsbotschaft an Opel Bochum geschickt.

Und zum ersten Mal auf einem ESF gab es dieses Jahr eine Jugendversammlung. Schon vor einem Jahr hat REVO eine Initiative gestartet, um einen Jugendraum einzufordern. Wir trafen dabei auf harten Widerstand von Gewerkschaftsbürokratie und Sozialdemokratie (und den “Revolutionären” von Linksruck!), die gefürchtet haben, eine Jugendversammlung wäre zu radikal.

Also haben wir 20 europäische Jugendorganisationen zusammengebracht, um diese Initiative durchzusetzen. Es war ein harter Kampf, doch am Ende konnten wir die Jugendversammlung abhalten.

Sie fand am Samstag Abend mit fast 300 TeilnehmerInnen statt. Es gab eine Diskussion über die Unterdrückung von Jugendlichen im Kapitalismus, die sich selbst am ESF zeigte. Dann wurde eine Resolution eingebracht, die über eine Stunde lang diskutiert wurde. Es gab Duzende Änderungsanträge und zahlreiche Ideen für Aktionen. Alles wurde demokratisch abgestimmt und das Endprodukt gibt's unten.

Abschlussversammlung

Am letzten Morgen fand die Versammlung der Sozialen Bewegungen statt. Das ist der einzige Ort am ESF, wo man offiziell Entscheidungen fällen darf.

Wir von der Jugendversammlung forderten das Recht, unsere Resolution einzubringen. Immerhin gab es über hundert RednerInnen, meistens – Überraschung! – Gewerkschaftsbürokraten. Wir durften erstmal nicht reden. Also sind wir frühzeitig in den Saal gegangen und haben sehr ruhig die ersten zwei Reihen besetzt. Die leichte Drohung ist verstanden worden, denn plötzlich waren wir auf der Rednerliste. Als wir daran waren, gingen fast 100 Jugendliche auf die Bühne und jubelten, als die Resolution verlesen wurde – ein toller Anblick!

Leider sind viele der radikalen Forderungen nicht in die offizielle Erklärung der Versammlung aufgenommen worden, aber immerhin konnten sie Tausenden Sozialforum-TeilnehmerInnen vorgestellt werden.

Demo durch die Innenstadt

Als Abschluss des ESF gab es eine große Antikriegsdemo durch die Londoner Innenstadt. Etwa 70.000 Menschen nahmen teil.

Eine richtig tolle Demo mit dem größten REVOLUTION-Kontingent aller Zeiten: ein lautstarker, internationaler Block mit etwa 150 Jugendlichen! (siehe Foto.)

Eine Gruppe AnarchistInnen hatten sich entlang der Demo aufgestellt mit Anzügen und Pappschildern mit Sprüchen wie „Keine Steuern für Konzerne!" und „Mehr Kriege!" Wir antworteten mit dem Spruch: „Eat the rich!"

Im Frühjahr 2006 findet das vierte ESF in Athen statt. Im nächsten Jahr sind europaweite Mobilisierungen gegen die EU (März 2005 in Brüssel) und die G8 (Juli in Schottland) geplant. Das ESF wird solche Mobilisierungen wieder zusammenführen. Melde dich einfach bei “Anticapitalista-Reisen”... ★

von Wladek aus Mitte

Von den Tagen der Buße zu den Tagen der Befreiung ...

Wenn man in diesen Tagen nach Dschabaliya kommt, hat man den Eindruck, ein Erdbeben hätte gewütet. Doch kein Erdbeben hat große Teile von Ramallah zerstört, sondern die IDF (Israeli Defense Forces). Im Rahmen der „Tage der Buße" marschierten die IDF im nördlichen Gaza-Streifen, der ungefähr ein Drittel so groß wie das Saarland ist, ein. Israel rächte sich so zwei Wochen lang – mit Panzern, unzähligen Soldaten und Kampfhubschraubern an einem ganzen Landstrich für einen Akt des Terrors begangen von der Hamas, einer islamistischen Organisation.

Die Hamas hatte im September zwei Siedlerkinder mit einer selbst gebastelten Kassam-Rakete getötet. Darauf folgte eine der berüchtigten Sondersitzungen der Knesset, dem israelischen Parlament, in der eine Racheaktion beschlossen und das Ziel ausgegeben wurde, eine Kassam-sichere Pufferzone zu errichten.

Tage der Buße

Wie so oft wies Israel darauf hin, dass die palästinensische Autonomiebehörde den Terror nicht verhindert. Der normale palästinensische Polizist hat daran kein Interesse – verständlich, wenn man bedenkt, wie oft palästinensische Polizeistationen vom IDF zerbombt wurden.

Israel marschierte unter anderem in Dschabaliya, Beit Hanun und Beit Lahija, sowie in anderen Städten und Flüchtlingslagern ein. Auch nach Ramallah, im Westjordanland, kamen Truppen. Diesmal unter dem Namen „Operation Regenbogen", der mehr nach Kinderkanal klingt und nicht nach Gemetzel und Massaker.

Es wurden nicht nur massiv Häuser zerstört, Oliven- und Zitronenhaine abgerissen, sondern auch Wasserleitungen und Straßen durch Panzer beschädigt. Das Ausmaß der Zerstörungen ist gewaltig: 675 Menschen wurden obdachlos, unzählige Häuser zerstört, 100 allein in Ramallah, 3 Mill. Dollar



Schaden wurden verursacht und 139 Menschen getötet, davon 42 ZivilistInnen.

Besonders brutal und an die Apartheid erinnernd: der Tod eines 12jährigen Mädchens durch mehrere Schüsse in den Kopf und einem ganzen Magazin in den Körper, nachdem sie schon reglos am Boden lag. Anscheinend wurde es auch der ultra-konservativen Heeresführung Israels zu bunt, sie pfiff Scharon regelrecht zurück. Einen Tag, nachdem er vor dem Parlament noch die Ausweitung der Offensive ankündigte, erklärte er plötzlich ihr Ende.

Tage des Zorns

Auf die Tage der Buße folgten die Tage des Zorns, die von PalästinenserInnen organisiert wurden. Es gab einen Generalstreik – in Israel arbeiten viele palästinensische Arbeitskräfte im Niedriglohnsektor –, mehrere große Demonstrationen, eine Großkundgebung und die Überreichung eines Protestschreibens an eine UN-Vertretung.

Nach dem Ende der Offensive, das in Palästina mit einem Feuerwerk gefeiert wurde, deklarierten sich Hamas und IDF zum Sieger. Verloren hat auf jeden Fall die palästinensische Zivilbevölkerung. Denn die blutige Besetzung Palästinas geht weiter: Es werden nicht einmal alle Truppen aus dem Gaza-Streifen abgezogen, es bleibt ein Ring um die Siedlungen.

Tage der Befreiung

Weder religiöse Fanatiker, noch Arafats korrupte PLO-Spitze, noch Scharons ultrakonservative Likud-Partei, oder die scheinbar sozialistische Arbeiterpartei Israels, noch ein „Friedensplan" von USA, EU oder UNO werden den ArbeiterInnen und Bauern Israels und Palästinas helfen. Das können sie nur selbst.

Sie müssen erkennen, dass ihre Feinde nicht beiderseits der Apartheid-Mauer, sondern in den Konzernzentralen der Kapitalistenverbände und den imperialistischen Metropolen sitzen.

Ob nun in Israel Arbeiter unterdrückt, soziale Kürzungen beschlossen, oder ob in Palästina Bauarbeiter bei schlechtester Bezahlung, ohne Krankenversicherung oder Kündigungsschutz von israelischen Kapitalisten ausgenutzt werden, ob das palästinensische Volk unter einer vom Staate Israel ausgehenden Jahrzehnte anhaltenden Besatzung leidet – es sind alles nur unterschiedlich Prägungen eines und desselben Kampfes: des Klassenkampfes.

Und dass dieser nur gemeinsam gewonnen werden kann, ist klar. Dazu ist es aber notwendig, dass die israelische Arbeiterklasse den Befreiungskampf der PalästinenserInnen unterstützt. Die israelische Arbeiterklasse wird sich nicht von ihren Unterdrückern befreien können, solange sie die Unterdrückung des palästinensischen Volkes durch „ihren" Staat verteidigt. Dazu kommt: durch eine solche Politik werden die palästinensischen ArbeiterInnen, Bauern und Jugendlichen in die Arme von Fundamentalisten und Nationalisten geradezu getrieben.

Die Solidarität und Unterstützung des Widerstandes und der demokratischen Rechte der PalästinenserInnen – angefangen beim Recht auf Rückkehr für alle Vertriebenen – ist eine unabdingbare Voraussetzung für jede sozialistische Revolution in Palästina. Nur so kann die Einheit der ArbeiterInnen beider Nationen hergestellt, nur so kann der Kampf gegen Unterdrückung mit dem Kampf gegen kapitalistische Ausbeutung miteinander verbunden werden.

Denn es gibt eine Lösung für die ArbeiterInnen, die Bauern, die Jugendlichen in Israel und Palästina: ein bi-nationaler Arbeiterstaat ohne Ausbeuter als Teil einer sozialistischen Föderation des ganzen Nahen Ostens. ★

von WIL aus Treptow

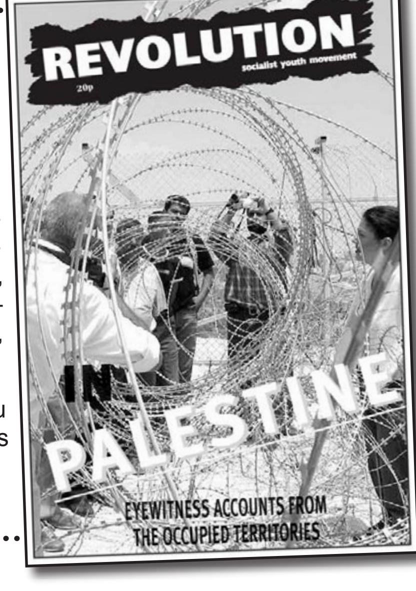
neue Broschüre!

Vor einigen Monaten haben unsere britischen GenossInnen die Broschüre „REVOLUTION in Palestine" veröffentlicht.

Sie beinhaltet Augenzeugenberichten von REVO-AktivistInnen, die als Teil der International Solidarity Movement in den besetzten Gebieten waren, sowie Texte über die Geschichte des palästinensischen Kampfes und der Zionistischen Bewegung, und eine Perspektive für die Zukunft.

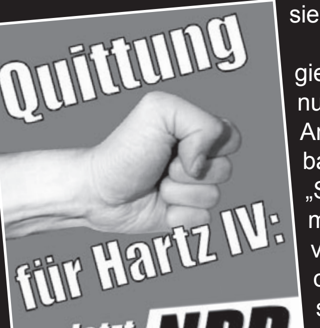
Wir arbeiten jetzt daran, die Texte auf Deutsch zu übersetzen. Das Ziel ist es, innerhalb eines Monats fertig zu werden.

Also lasst unsere Website nicht außer Sicht:



Rechte im Vormarsch

Bei den Landtagswahlen am 19. September sind faschistische Parteien in zwei Parlamente eingezogen – die NPD in Sachsen und die DVU in Brandenburg. Durch ein taktisches Abkommen waren beide Parteien jeweils nur in einem Land zur Wahl angetreten.



Die DVU war schon im Brandenburger Landtag und konnte sich nur leicht verbessern. Aber die NPD erzielte in Sachsen mit 9,1% (12 Sitze) ein besseres Ergebnis als FDP und Grüne und lag nur einen Sitz hinter der SPD.

Durch den Einzug ins Parlament kriegt diese braune Herde nicht nur mehr Publicity, sondern auch eine Menge Geld (über 150.000 Euro Wahlkostenerstattung), 30 Stellen für rechtsextreme Fraktionsmitarbeiter und Immunität vor Strafverfolgung bei allen Äußerungen im Parlament.

Braunes Sachsen?

In den letzten Jahren ist es der NPD gelungen, eine Basis in der sozialen Landschaft Sachsens aufzubauen – besser gesagt Mondlandschaft, denn seit der Wiedervereinigung ist sie von Deindustrialisierung und Massenarbeitslosigkeit geprägt. Sie konnte viele mittelständische Anhänger gewinnen: Handwerker, Lehrer und Ärzte „verschönern" nun das Image dieser rechtsextremen Partei.

Das Image der NPD ist zusätzlich erhöht worden durch das Scheitern des Verbotsverfahrens im Jahre 2003. Die NPD konnte damals nicht verboten werden. Nicht etwa, weil sie zu wenig faschistisch ist, sondern weil 15% der Mitglieder ihrer Leitungsgremien im Auftrag staatlicher Geheimdienste arbeiten – warum also sollte der Staat eine Organisation, die er selber leitet, verbieten?

Aber neben der eigenen Basis konnte die NPD viele Jung- und Erstwähler gewinnen – durch ihre Selbstdarstellung als „die echte Opposition".

Da alle Parteien den Sozialabbau der Bundesregierung unterstützen, suchen viele nach einer radikalen Alternative. Die PDS, wie immer ängstlich vor dem eigenen sozialistischen Schatten, versichert immer wieder, dass ihre Regierungsmitglieder in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern die Hartz-Reformen ohne Zögern umsetzen werden. Auf ihren Wahlplakaten in Sachsen hat sie ihre Anti-Hartz-Losung „Weg damit!" durch die resignierte Aussage „Wir stehen euch bei" ersetzt – und damit den Nazis in die Hände gespielt, die dann als die einzigen „militanten" Kämpfer gegen Hartz IV auftreten konnten.

Obwohl diese Partei auf traditionell nazistischer Art Zwangsarbeit für Arbeitslose und krasse Verfolgung von „Nichtstuern" fordert – eine noch schlimmere Version von dem, was Schröder und Clement machen – trat sie als Gegner von Hartz IV auf.

Das zeigt, dass die Ideologie der Nazis „variabel" ist. Mal nutzen sie Nationalismus und Antisemitismus, mal scheinbaren „Antikapitalismus" oder „Sozialismus" – was auch immer passt, um frustrierte und verarmte Kleinbürger und unorganisierte Arbeiter anzusprechen.

Nazis hier und dort und ueberall

Jetzt soll das Wahlbündnis zwischen NPD und DVU für die nächste Bundestagswahl fortgesetzt werden. Damit droht erstmals seit dem 2. Weltkrieg, dass Nazis in den Bundestag einziehen und – schlimmer noch – dass ein Großteil der Nazi-Szene sich in einer Partei organisiert.

Die NPD zeigt sich nicht nur gegenüber den „gemäßigten" Faschisten der DVU und Republikaner offen. Auch die Nazi-Schläger der sog. „Freien Kameradschaften" – schätzungsweise 3.000 – sollen in die Partei eingebunden werden. Zu diesem Zweck wurde auf dem NPD-Parteitag mit Reiner Heise ein bekannter Nazi aus dieser Szene in den Parteivorstand gewählt.

Doch die Nazis können zurückgeschlagen werden. Die Proteste am 30.10. in Potsdam z.B. zeigen ein effektives Mittel gegen den Vormarsch der Rechten: militanter Kampf auf der Straße. Doch brennende Barrikaden allein werden nicht verhindern, dass die rechten Rattenfänger von Sozialabbau und Arbeitslosigkeit angekotzte Menschen für ihr reaktionäres Projekt gewinnen.

Antifaschismus und Antikapitalismus

Die Linke muss ein klares Projekt anbieten – nicht nur gegen Hartz IV, sondern gegen das ganze System permanenten Krieges und Sozialabbaus. Sie muss zeigen, wie der Kapitalismus aufgehoben werden kann. Vor allem muss sie versuchen, die Arbeiterklasse, besonders die Gewerkschaften in den Kampf gegen die Nazis einzubeziehen. Auf sich allein gestellt wird die Linke sonst nicht in der Lage sein, eine stärkere und einheitlichere faschistische Bewegung zu stoppen.

Faschismus ist ein integraler Bestandteil des Kapitalismus. Er ist gerade in Momenten der tiefen Krise das letzte Bollwerk gegen die Revolution.

Appelle an die „Demokratie" und die „Zivilgesellschaft" sind deshalb nutzlos; es ist genau diese kapitalistische „Demokratie", die gegen die Massen ein Programm des Sozialraubs durchsetzt.

Nicht die bürgerliche Demokratie, sondern die proletarische Revolution wird dem Faschismus ein Ende setzen. In diesem Sinne kämpfen wir. ★

von Huey aus Kreuzberg

Fortsetzung von Seite 12...

von grünen „Freunden und Helfern" konnten sie ihren geplanten Aufmarsch nicht durchsetzen.

Gut organisiert waren die GegendemonstrantInnen allerdings nicht. Statt einem kollektiven antifaschistischen Kampf gab es eher eine Mob-Mentalität. „Der eine hat eine Flasche geschmissen? Dann schmeiße ich einen Stein! Der rennt jetzt weg? Dann los!"

Diese Strategie des individuellen Radikalismus (Steine schmeissen, Dinge kaputt machen und immer schnell wegrennen, um selber nicht verhaftet zu werden) mag ganz gut funktionieren, um persönliche Frust abzuladen – als Strategie gegen einen Nazi-Aufmarsch taugt sie überhaupt nicht. Wenn Steine von den hinteren Reihen auf die ersteren geworfen werden, wenn Barrikaden hinter der Demo gebaut werden, so dass bei einem Angriff die Leute schlecht wegkommen – dass ist nicht nur dumm, sondern auch verdammt unsolidarisch gegenüber den Leuten, die nicht nach Potsdam gefahren sind, um sich aus Spaß mit den Bullen zu prügeln, sondern um den Nazi-Aufmarsch zu verhindern.

Unsere einzige Stärke bei einer solchen Konfrontation mit der Staatsgewalt ist unsere zahlenmässige Überlegenheit. Doch dieser Vorteil wird schnell vergeudet, wenn wir nicht kollektiv handeln und jeder nur das macht, was ihm gerade einfällt. Wir müssen im Voraus Taktiken planen und gemeinsam durchführen.

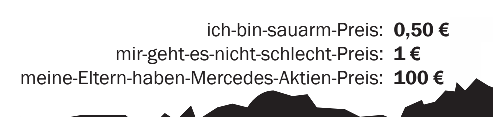
Zum Beispiel wäre es bei der Besetzung der Brücke effektiver gewesen, mit Menschenketten die Blockade zu halten. Damit hätten die Bullen Tausende menschliche Körper – Hunderttausende Kilos! – wegkriegen müssen. Stattdessen wurde die Situation sofort „eskaliert", wobei die meisten DemonstrantInnen Angst bekommen haben und schnell von der Brücke abgehauen sind. Mit solchen Taktiken konnten wir die Brücke gerade mal 30 Sekunden halten!

Es gab noch blödere Aktionen, z.B. Knaller und sogar eine größere Rauchbombe wurden in die Menschenmasse hineingeworfen – von unserer Seite! Was damit erreicht werden sollte, blieb den meisten von uns verborgen: die DemonstrantInnen hielten den Rauch für Tränengas und haben sich in Sicherheit gebracht, während die Polizei die Wolke nutzte, um sich auf einen Angriff vorzubereiten. Und viele – viel zu viele! – DemonstrantInnen haben Bier getrunken; einige waren zu Beginn der Demo schon total besoffen. Wenn man einen Naziaufmarsch verhindern möchte, dann muss man zumindest einen klaren Kopf haben.

Eine Genossin von REVOLUTION aus Wien war erstaunt, dass weder Demoleitung noch OrdnerInnen zu sehen waren. Auf antifaschistischen Demos in Österreich organisiert das Demo-Bündnis eine Reihe von OrdnerInnen, die mit roten Armbanden die Demo leiten, Betrunkene und Agenten der Polizei aussperren, usw.

In Zukunft brauchen wir bei unseren Antifa-Demos eine vom Bündnis gewählte und handlungsfähige Leitung, die Angriffe sowie Ruckzüge im Kampf gegen die Nazis koordinieren kann, sowie OrdnerInnen, die unsere kleine antifaschistische Armee zusammenhalten. ★

von Huey, ehemaliger Potsdamer



REVOLUTION

sozialistische Jugendorganisation ✪ Nummer 8

POTSDAM 30.10.

nazis empfangen

Am 30. Oktober organisierte der Hamburger Neonazi Christian Worch einen Aufmarsch durch Potsdam. 300-400 Nazis aus Berlin, Brandenburg und weiter weg – die Hälfte von ihnen im autonomen Stil mit schwarzen Kapuzenpullis und Sonnenbrillen – folgten dem Aufruf gegen „Hetze und Terror von links“.

Ziel der Nazis war die Potsdamer Innenstadt. Blöd für sie war, dass kurz nach elf Uhr die einzige Brücke, die vom Hauptbahnhof über die Spree führt, schon von etwa tausend AntifaschistInnen besetzt war.

D.h. Potsdam, wo Nazis regelmässig ImmigrantInnen und linke Jugendliche überfallen, bekam ein bisschen von dem „linken Terror“ zu spüren, von dem es trotz der Behauptungen der Nazis viel zu wenig gibt.

Doch der Nazi-Schutz-Verein (auch bekannt als Polizei) ging schnell an die Arbeit. Die Brücke sollte geräumt werden, dazu holten sie zwei riesige Wasserwerfer und einen Räumungspanzer. Jemand (wahrscheinlich ein Provokateur von den Bullen) hat eine Flasche geworfen, daraufhin haben die Bullen in die erste Reihe reingeknüppelt. Es folgten Steine, Knüppel, und ein chaotisches Nichts-wie-weg.

Die meisten DemonstrantInnen rannten zurück in die Breite Straße – die geplante Nazi-Route –, wo Barrikaden gebaut und Mülltonnen angezündet wurden. Bei einigen Banken wurden die Scheiben eingeschlagen; drei offensichtlich planlose Verkehrspolizisten wurden überfallen und ihr Wagen kaputt gemacht.

Laut Zeitungsberichten waren 4.000 Bullen aus vier Bundesländern und vom BGS unterwegs – und als wäre der braune Haufen damit nicht vollständig geschützt, waren auch eine Gruppe Offiziere der Bundeswehr anwesend – ein seltener Anblick auf Demos, da ein solcher Einsatz im Inneren gegen das Grundgesetz verstößt. Polizisten, die auf diesen Zustand aufmerksam gemacht wurden, antworteten, die haben „nur eine Ausbildung“ gemacht – aber eine Ausbildung für was? Zum Einsatz gegen antifaschistische Demos? Zum Verstoß gegen das Grundgesetz? Das ist nur ein weiteres Zeichen dafür, wie ernst der Staat seine „Demokratie“ und „Rechtsstaatlichkeit“ nimmt, wenn es um Repression gegen die Linke geht.

Obwohl die Brücke geräumt werden konnte, haben die Bullen auf eine laufende Straßenschlacht mit den sich in der Innenstadt aufhaltenden Antifas verzichtet. Den Nazis wurde eine neue Route in Babelsberg auf der östlichen Seite der Spree zugeteilt.

Als das bekannt wurde, rannten viele GegendemonstrantInnen Richtung Humboltbrücke, die nächste Brücke über die Spree. Auch diese wurde geräumt, so dass mehrere Stunden lang jeglicher Verkehr zwischen Potsdam West und Babelsberg blockiert war.

Am Ende des Tages ein ziemliches Desaster für die Nazis – trotz Tausenden

Fortsetzung auf Seite 11...

weitere Bilder gibt es auf:

www.onesolutionrevolution.de